

Zeitschrift:	Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse
Herausgeber:	Verband Schweizerischer Privatschulen
Band:	45 (1972-1973)
Heft:	8
Artikel:	Die Herausforderung der schweizerischen Demokratie
Autor:	Brugger, Ernst
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-851835

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Herausforderung der schweizerischen Demokratie

Vortrag von Bundesrat Ernst Brugger

am 12. Ferienkurs der Schweizerischen Staatsbürgerlichen Gesellschaft in St. Moritz
12. Juli 1972

I.

Wenn eine Vereinigung vom Range der Schweizerischen Staatsbürgerlichen Gesellschaft ihren traditionellen Ferienkurs unter das Hauptthema «Die Herausforderung der schweizerischen Demokratie» stellt, so tut sie dies nicht ohne Grund. Sie ist mit andern Worten davon überzeugt, mit der Herausforderung ein Stichwort von ganz besonderer Aktualität aufgenommen zu haben. Tatsächlich vergeht kaum ein Tag, an dem nicht auf breiter Front oder auf scheinbar unwichtigen Nebenschauplätzen unsere Demokratie, ihre Einrichtungen und ihre Repräsentanten durch Ereignisse, Handlungen oder Voten herausgefordert werden.

An diese Feststellung knüpft sich sofort die Frage, wie man sich gegenüber solchen Herausforderungen verhalten soll. Sollen wir uns einfach provoziert fühlen und uns resigniert in den Schmollwinkel zurückziehen? Sollen wir Probleme, die heute und in nächster Zukunft an uns herangetragen werden, ignorieren und vor uns herschieben, in der Hoffnung, sie erledigten sich mit der Zeit von selber? Oder sollen wir die Zukunft unseres Landes, wie sie sich in einigen erfaßbaren Trends abzuzeichnen beginnt, zu meistern versuchen und davon ausgehen, daß unsere Demokratie nicht herausgefordert, sondern *gefordert* wird? Ich glaube, es fällt uns allen nicht schwer, sich für die dritte Variante zu entscheiden.

II.

Mit dem Entschluß zu aktivem Verhalten ist allerdings noch nicht viel gewonnen. Wer handeln will, muß vorerst einmal wissen, *wie er*

handeln soll. So leicht es nun aber ist, in weiten Kreisen unseres Volkes ein Gefühl der Ungewißheit und der Verunsicherung zu diagnostizieren, so schwer fällt es, dieses Gefühl allgemein gültig zu umschreiben. Es gehört mit zu den Schwierigkeiten der Gegenwart, daß schon in der Analyse die Meinungen hart aufeinander prallen. Wir stehen nicht mehr, wie in den Jahren des Zweiten Weltkrieges, einer von außen kommenden Bedrohung gegenüber, und auch auf wirtschaftlichem Gebiet ist keine besondere nationale Anstrengung im Kampfe gegen Armut und Arbeitslosigkeit notwendig. Damals fanden sich alle Kreise zur Erhaltung unserer politischen und wirtschaftlichen Existenz zusammen. «Das Bekenntnis beherrschte das Feld, nicht die Diskussion», so hat es Oskar Reck formuliert; das Bekenntnis zu unserem Staatsgedanken und zur bestehenden Ordnung.

Wenn unserer heutigen Generation die Bekenntnisse und die allgemein gültigen Leitbilder fehlen, so wollen wir uns doch darüber freuen, daß uns im Rahmen unserer freiheitlichen Ordnung die echten und sozusagen unbeschränkten Möglichkeiten geboten sind, uns zu neuen Lösungen zusammenzuraufen. Man sagt ja so schön, daß die Diskussion das Salz der Demokratie sei. Aber können wir wirklich noch im guten Sinne des Wortes miteinander diskutieren? Manchmal scheint mir, daß wir auch das verlernt haben. Anstatt auf die Argumente des andern einzugehen, vertreten wir interessengebundene Standpunkte, verfallen in eine öde weiß-schwarz-Malerei und vertreten ein sektiererisches Sendungsbewußtsein, das jeglicher Toleranz entbehrt. Wir müssen uns

klar sein, daß zufolge der rasanten technischen und wirtschaftlichen Entwicklung sich das geistige Grundklima für eine gute Diskussion innerhalb kurzer Zeit stark verändert hat.

Reine Sachbezogenheit verbunden mit voraussetzungsloser Objektivität hat es zwar wohl auch früher nur ausnahmsweise gegeben. Aber die so kompliziert gewordenen Verhältnisse, die mangelnde Uebersicht und die sich jagenden düsteren Zukunftsprognosen haben bei vielen unserer Mitmenschen zu einer großen Unsicherheit im Urteil geführt und damit die Möglichkeit emotionaler Stauungen stark erhöht. Die Optimisten, die uns auf Grund wirtschaftlicher und technischer Zukunftserwartungen fast paradiesische oder mindestens äußerst erfreuliche Lebensumstände voraussagten, haben den Pessimisten Platz gemacht, die uns die fortschreitende Umweltzerstörung, die rasch herannahende Ueberbevölkerung des Planeten Erde, die steigende Unwirtlichkeit der Städte, die Zersiedelung der Landschaft und den vorzeitigen Verzehr unserer Rohstoffreserven drastisch vor Augen führen und die Möglichkeit des Untergangs der Menschheit durch Selbstzerstörung nicht ausschließen. Weit herum hat man das Gefühl, Opfer einer wirtschaftlichen und technischen Entwicklung zu sein, die nicht mehr gemeistert werden können. Man fühlt sich bedrängt durch menschliche Massierung in räumlicher Enge, durch technische und wirtschaftliche Dynamik und die dadurch bedingten sozialen Umschichtungen. Die im Zuge des beschleunigten Wirtschaftswachstums und der Entwicklung der internationalen Konkurrenzlage notwendigen Strukturänderungen erhöhen die

Spannungen zwischen Begünstigten und Benachteiligten. Die Angst vor der Verschmutzung unserer Gewässer, der Vergiftung unseres Bodens und der Verpestung der Luft ist für viele zu einem eigentlichen Alptraum geworden. Das Verhältnis Mensch - Natur - Technik - Wirtschaft ist irgendwie aus dem Gleichgewicht geraten. Der Ruf nach Verzicht auf viele zivilisatorische Errungenschaften und die Forderung nach einem naturgemäßen und einfacheren Leben wird zum Credo vieler moderner Menschen.

Einer der Hauptgründe für dieses Gefühl der Ohnmacht mag in der unerhörten Beschleunigung der Entwicklung liegen. Seit der mehr spielerischen Beschäftigung Herons von Alexandrien mit der Wasser- und Dampfkraft verstrichen volle 1800 Jahre, ehe Denis Papin sich als erster ernsthaft um die Nutzbarmachung der Dampfkraft bemühte, und alsdann dauerte es nochmals fast 100 Jahre, ehe James Watt die erste industriell verwendbare Dampfmaschine konstruierte und damit das moderne Industriezeitalter einleitete. Hingegen vergingen seit der ersten rein experimentellen und praktisch scheinbar absolut unverwertbaren Kernspaltung durch Otto Hahn und Fritz Straßmann keine 7 Jahre, ehe in Alamogordo in New Mexiko die erste Atombombe zündete und nur noch einmal 6 Jahre, ehe der erste Kernreaktor elektrischen Strom erzeugte.

Diese Beschleunigung der Entwicklung, deren Ende nicht abzusehen ist, führt zu überall bemerkbaren Spannungen innerhalb der Familie, der gesellschaftlichen Gruppen unseres Volkes, zwischen den Generationen, aber auch zwischen den von der Entwicklung Begünstigten und Benachteiligten sowie den industrialisierten Nationen und den Entwicklungsländern. Sie ist zudem mit einer ausgeprägten Spezialisierung verbunden, die es uns schwer macht, den Ueberblick über die Gesamtheit der Lebenserscheinungen zu bewahren. Damit fehlen aber auch die Voraussetzungen zu eigener Stellungnahme und für ein eigenes sicheres Entscheiden. Die Ueber-

betonung des Materiellen und der Glaube, daß letzten Endes alles machbar sei, haben zudem bei vielen Menschen zu einer geistigen Leere und zu einem Verlust an menschlicher Substanz geführt. Mit andern Worten: der Mensch von heute hat in seiner persönlichen und sozialen Entwicklung große Mühe, mit der Entwicklung Schritt zu halten. Der Mensch in seiner Begrenztheit bekommt Angst vor der scheinbaren Unbegrenztheit wissenschaftlicher und technischer Möglichkeiten. Das alles führt zu Konflikten und konsolidiert sich bei vielen zu einer kategorischen Infragestellung des sogenannten Establishment und zu einer grundsätzlichen Verdächtigung von allem, was frühere Generationen geschaffen haben und was nach Gesetz und Ordnung aussieht.

Ich sage dies alles, weil ich davon überzeugt bin, daß im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung unserer Demokratie etwas zu viel von den Institutionen unseres Staates und etwas zu wenig vom Menschen und seiner subjektiven Situation die Rede ist. Wer sich in seiner Existenz bedroht fühlt, wer sich durch unfaßbare Mächte manipuliert glaubt, wer dem rein zivilisatorischen Konsumdenken verfallen ist, der hat es besonders schwer, in einer echten Diskussion einen wirklichen substantiellen Beitrag zu leisten; und wer in der Vielzahl der sich jagenden Erscheinungen den Ueberblick verliert, wer sich überfordert vorkommt, der hat es nicht leicht, sich ein eigenes abgewogenes Urteil zu bilden und sich an einer konstruktiven Diskussion wirklich zu engagieren: denn das, was man nicht versteht, das liebt man auch nicht und für das kann man auch keine Verantwortung tragen.

Wenn wir die Herausforderung als echte Aufgabe betrachten, dann stehen wir heute einfach vor einigen Erscheinungen unseres gesellschaftlichen Lebens, die mit unserer Demokratie als Entscheidungsmechanismus wenig, aber mit unserer menschlichen Haltung zur Demokratie sehr viel zu tun haben. Herausforderung der Demokratie bedeutet für mich vorerst einmal die Her-

ausforderung des *Menschen* in der Demokratie. Gemeint ist der Ton und die Sprache, welche unsere zwischenmenschlichen Beziehungen prägen, aber auch die Fähigkeit, aus dem engen Käfig persönlicher Emotionen und Interessen auszubrechen. Gemeint ist aber auch der Wille, dem Andersdenkenden wirklich zu zuhören. Gemeint ist Toleranz.

III.

Trotz der skizzierten Schwierigkeiten werden wir aber das Gespräch suchen müssen, wenn wir nicht einer Polarisation der Meinungen und einem Schützengrabenkrieg mit verhärteten Fronten Vorschub leisten wollen. Man kann eine demokratische Gesellschaftsordnung weder mit einer schweigenden Mehrheit noch mit einer laut brüllenden, anarchistischen Züge aufweisenden Minderheit aufrecht erhalten. Wir müssen uns vor allem auch mit der Haltung der Contestaires auseinander setzen. Dies umso mehr, als eine andere Gefahr nicht ausgeschlossen werden kann: eine Abwehrreaktion, die alles Neue verneint. Wir sollten uns vor allem auch nicht in die Verteidigung abdrängen lassen: wir haben auch keine Wahl zu treffen zwischen linken und rechten Extremen. Hingegen müssen wir unablässig jene zur Umgestaltung einer besseren Zukunft fähige Mitte suchen, wo man nicht einfach im Alten verharrt, sondern weiß, daß eine ständige Fortbildung unserer menschlichen Beziehungen und Einrichtungen notwendig ist, wo echte Kritik willkommen ist, gleichzeitig aber auch die Realitäten und das Realisierbare im Auge behalten werden. Das ist die einzige Haltung, die uns befähigt, zwischen Verknöcherung und Revolutionstheorien immer wieder gute Lösungen für drängende Fragen zu erarbeiten.

Diese Haltung legitimiert uns auch, sich mit allen rechtlichen Mitteln dagegen zu wehren, wenn auch in unserem Land einige Hitzköpfe, die sich nicht mehr in die reichhaltige Farbskala staatstragender Ideologien einordnen lassen, mit kriminellen Mitteln eine vermeintlich kriminelle Gesellschaft zerstören

wollen, denn es ist gänzlich verfehlt, einen ideologisch veredelten Privaterrorismus als Anzeichen gesellschaftlicher Fehlentwicklungen und als möglichen Ansatzpunkt für positive Reformen betrachten zu wollen. Es wäre aber auch verfehlt, jede offene und engagierte Kritik – und gäbe sie sich auch nicht einmal konstruktiv – von sich zu weisen, nur weil einem die Terminologie nicht paßt. Wer offen und ehrlich kritisiert und das Gespräch sucht, ist an einer Entwicklung interessiert, auch wenn er vielleicht den gangbaren Weg, die richtige Lösung und die richtigen Worte noch nicht gefunden hat.

IV.

Das gilt vor allem auch für unsere jungen Menschen. Es wird der Jugend, die ja als repräsentativ für das Aufbegehren gegen die Gesellschaft gilt, sehr vieles vorgeworfen, was innerhalb der älteren Generation zu einer Parteigung führt, weil die einen dieses Aufbegehren in Bausch und Bogen verdammten, während die anderen es in Bausch und Bogen in Schutz nehmen. Mir scheint, daß die Jugend auf ihrer legitimen Suche nach ihrem Weg und ihrem Platz in der Gesellschaft heute auf ein Hindernis stößt, das ihr die Identifikation mit unserem sozialen System und die Integration ins politische Leben ungleich schwerer macht als früheren Generationen: dieses Hindernis ist die eigene Orientierungslosigkeit der Erwachsenen. Und zwar nicht nur derjenigen Erwachsenen, die seit eh und je ihr Heil in politischer Abstinenz suchten und fanden, sondern auch derjenigen, die wissen, daß soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklungen in Familie und Staat allein von menschlichen Entscheidungen abhängen und von nichts anderem. Und die trotzdem bei Fragen, die nur die Jugend in solcher Unbefangenheit und Unverblümtheit stellen kann, sich hinter den scheinbaren Sachzwängen eines «es ist nun einmal so» zu retten suchen, weil sie die Antwort nicht wissen oder eine solche verdrängen. Das Werturteil der Jugend setzt sich aus kleinen

Bausteinen zusammen, die sich in der Familie und in ihrer unmittelbaren sozialen Umgebung, angereichert durch eine Ueberfülle zusammenhangloser Informationen und fehlleitender Wertbilder unbewußt zu einem Mosaik zusammenbauen. Dieses Mosaik ist meistens ein Abbild unserer Erwachsenenwelt, wie wir sie nicht sehen möchten. Die Jugend wird damit zu unserem eigenen konkretisierten Unbehagen – um es einmal drastisch auszudrücken –, das wir nicht selbst in voller Klarheit erkennen und das die Jugend nicht zu artikulieren vermag. Weshalb haben wir so große Mühe mit jungen Leuten aus den sogenannten besten Familien? Vermutlich deswegen, weil sich ihre Vorstellung der Erwachsenenwelt nicht mit dem Bilde deckt, das wir für uns selbst zusammengezimmert haben, mit dem Resultat, daß der Boden dort zu wanken beginnt, wo wir es am wenigsten erwartet hätten. Erdbeben finden eben nicht immer über ihrem Epizentrum statt.

V.

Ich habe bis jetzt vor allem vom Menschen in der Demokratie gesprochen. Ich weiß, daß Sie von mir aber vor allem eine Stellungnahme zur Herausforderung der Demokratie als Institution erwarten. Die Frage, wie gesund unsere Demokratie noch sei, wird ja immer häufiger und mit wachsendem Unterton der Besorgnis gestellt. Die Stimmabteilung der Bürgerschaft ist rückläufig. Man spricht von einem Graben zwischen Volk und Behörden. Politische Außenseitergruppen verzeichnen mit bemerkenswerter Konstanz beträchtliche Erfolge. Und selbst jene vereinzelten Kreise, die in ihren extremsten Forderungen jeglichen Gleichschritt mit der bestehenden Ordnung rundweg ablehnen, vermögen auch hierzulande eine Resonanz oder doch eine Publizität zu erzeugen, die man noch vor wenigen Jahren für unmöglich gehalten hätte.

Es stellt sich somit die Frage, ob unsere heutige Demokratie mit ihrem recht komplizierten Entscheidungs- und Führungsmechanismus den heutigen Anforderungen noch

gewachsen sei. Nicht selten trifft man die Meinung, die direkte Demokratie schweizerischer Art, wo der Einzelne gefragt werden müsse und mitentscheide, sei oft ein Hemmnis für die rasche und zweckmäßige Lösung wichtiger Aufgaben. Die heutige Zeit verlange eine starke politische Führung, und es könne im Einzelfall nicht mehr Rücksicht genommen werden auf die Meinung des Einzelnen, der ohnedies in vielen Sachfragen nicht mehr drauskomme, nach dem Gefühl entscheide und dessen Meinung manchmal von Interessengruppen manipuliert werde. Es komme immer häufiger vor, daß wichtige Entscheidungen aus der persönlichen Froschperspektive und ohne Rücksicht auf eine höhere Zielsetzung gefällt würden. Die Rücksichtnahme auf das Referendum beeinträchtige in vielen Fällen eine großzügige und zukunftsgläubige Lösung dringender Probleme, da die politische Taktik an die Stelle materieller Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit trete.

In ähnlicher Weise wird Kritik am föderalistischen Aufbau unseres Staates geübt. Die Aufteilung der Verantwortung auf drei Ebenen – Bund, Kantone und Gemeinden – sei nicht mehr zeitgemäß und führe bei der Erfüllung der heutigen Aufgaben zu Doppelspurigkeiten und Fehlentwicklungen. Kirchturmpolitik und Kantönligeist verhinderten die zielbewußte Lösung großer Aufgaben, bereiteten Koordinationsschwierigkeiten und führe auf schwerfälligen Wegen zu kostspieligen Lösungen. Die Kantone würden immer mehr zu reinen Verwaltungsbezirken und Subventionsempfängern ohne echte hoheitliche Aufgaben.

Man kann sehr vordergründig beispielsweise folgende Fragen stellen: Sind direkte Demokratie und Föderalismus noch geeignet, rationelle Entscheide hervorzubringen, die der politischen und wirtschaftlichen Stellung unseres Landes in der Welt gerecht werden? Können unsere Parteien noch ihre informativen Pflichten erfüllen? Haben wir in unserem Lande noch Institutionen und Instanzen, sei es das Parlament, seien es die Interessengruppen und Ver-

bände, seien es Schulen, Universitäten oder Kommissionen, von denen aus perspektivisches Denken in das Volk hinausgetragen wird? Hilft uns unser Pragmatismus, mit dem wir bis heute recht gut vorankamen, auch über die nächsten und künftigen Klippen hinweg? Identifiziert sich der Schweizerbürger noch mit seinem Staat, für den er sich eigentlich mitverantwortlich fühlen müßte? Diese bedrängenden Fragen könnten fast beliebig vermehrt werden.

VI.

Es gibt eine beträchtliche Anzahl von Mitbürgern, die für diese Fragen nur negative Antworten bereithalten, und die sogar Zweifel an der Existenzberechtigung unseres Staates in einer sich rasch wandelnden europäischen Umwelt anbringen. Nun, auch ich möchte nicht behaupten, daß unsere Ordnung der Gegenwart die bestmögliche Ordnung auch für die Zukunft verkörpere. Die ideale Demokratie gibt es ohnedies nur in der Theorie. Es macht ja gerade den entscheidenden Vorteil der demokratischen Staatsidee aus, daß sie nicht auf einen utopischen, noch zu schaffenden neuen Menschen ausgerichtet ist, sondern daß sie eine politische Lebensform begründet, welche den Menschen, so wie er tatsächlich ist, zum Ausgangspunkt nimmt. Sie ist eine politische Wirklichkeit, welche den Menschen *wegen* seiner Vorzüge und *trotz* seiner Unzulänglichkeiten ernst nimmt und ihn so weitgehend als möglich an der Macht teilnehmen läßt. (Niebuhr: «Der Sinn des Menschen für Gerechtigkeit macht die Demokratie möglich, aber die Neigung des Menschen zur Unge rechtigkeit macht die Demokratie notwendig.»)

Die staatliche Ordnung der Demokratie trägt diesem Sachverhalt Rechnung, indem sie grundsätzlich offen und korrigierbar ist. Sie sucht die politische Wahrheit im Dialog und im offenen Wettstreit von Ideen und Methoden. Sie muß deshalb notgedrungen sehr oft pragmatisch bleiben, sie braucht den Kompromiß, und spektakuläre Evolutionen, welche Weltgeschichte machen, sind

ihr meistens versagt. Unser Meinungsbildungssystem, das die Soziologen als einen Mechanismus permanenter Konsens-Tests oder ununterbrochener Rückkoppelungsprozesse bezeichnen, ist sehr oft mühsam und langweilig, weil es sicherstellen muß, daß keiner übergegangen wird. Das sieht von der Tribüne der politischen Szenerie nicht immer gut aus. Es ist aber das einzige bisher bekannte System, das die Kontrolle der Macht und die bestmögliche Eliminierung des Machtmißbrauchs einigermaßen garantiert und damit die Gesellschaft freiheitlich und menschenwürdig gestalten kann.

Was übrigens auf Außenstehende häufig so verwirrend, langatmig, bernerisch bedächtig wirkt, ist anderseits eine der Hauptursachen der innenpolitischen Stabilität unseres Landes. Ehe sich in unserem Lande demokratische Entwicklungen, temporäre Machtverschiebungen zwischen den sozialen Gruppen oder politischen Ideen durch die mannigfaltigen politischen Institutionen auf allen drei Stufen unseres Landes hindurchgearbeitet und gegenüber der mehrfach gesicherten Verteilung des politischen Gewichts durchgesetzt haben, vergeht eine lange Zeit. Es gibt bei uns keine politischen Erdrutsche, die diesen Namen verdienen. Politische Stürmer und Dränger wurden bei uns regelmäßig enttäuscht, wenn sie sich an den Erfolgen politischer Umwälzungen im Ausland orientierten. Der Schweizerbürger läßt das Gewehr im Schrank, wie Lenin einmal voll ungläubigen Staunens feststellt, und das nicht, weil er weniger begeisterungsfähig oder weniger aggressiv wäre, sondern weil er in einem Staat mit klarerem, rascherem und einfacherem Entscheidungsmechanismus zurecht befürchten müßte, nicht jedesmal etwas sagen zu dürfen und nicht jedesmal etwas bekommen zu können.

In diesem System und seinen Zielsetzungen liegt aber auch gleichzeitig eine große Herausforderung. Wir stehen vor der schwierigen Aufgabe, wie direkte Demokratie und Föderalismus mit den von unserer Zeit geforderten Leistungen verbunden

werden können. Denn es ist ja schon so: wo das Prinzip der geteilten Verantwortung hochgehalten wird, wo immer wieder der Konsens gesucht werden muß, wo auch der materielle Interessenausgleich bis in alle Verästelungen hineinspielt, wo die ganze menschliche Breite geachtet werden muß, da ist auch viel Platz für das Unvollkommene, das Schwerfällige und Langsame, aber auch für das Emotionale. Die moderne Zeit aber verlangt einen Staat der großen Leistungen, dynamisches Verhalten und vor allem auch rasche Resultate. Diese Forderung steht nicht selten im Gegensatz zur Tatsache, daß unsere demokratische Staatsform in ihren Grundzügen nicht allein auf Efficiency bei der Lösung der öffentlichen Aufgaben konzipiert ist. Das vergessen die kompromißlosen Kritiker unseres politischen Alltages allzu leicht. Der Wert unseres politischen Systems bemüht sich nicht allein nach der Zahl der Autobahnkilometer, und die Gesetze des wirtschaftlichen Management gelten nur sehr bedingt. Es geht vielmehr darum, zwar ein Maximum an öffentlicher Leistungsfähigkeit zu erreichen, gleichzeitig aber auch ein Maximum freiheitlicher Spielregeln zu gewährleisten.

Dieses Dilemma zwingt uns, unsere demokratischen Formen immer wieder weiter zu entwickeln. Es geht letzten Endes darum, das Gefüge unserer politischen Institution und den Stil unseres politischen Lebens entsprechend dem demokratischen Prinzip der kritischen Offenheit à jour zu halten. Sind wir hiezu fähig? Man wird ohne Uebertreibung sagen dürfen, daß sich unser System in den letzten Jahren als sehr viel anpassungsfähiger erwiesen hat, als es bei oberflächlicher Betrachtung erscheinen möchte. Vom Lokomotivführerstand der Eidgenossenschaft aus hat man jedenfalls auf Grund des Fahrtwindes das Gefühl, eher auf einem Schnellzug als auf einer Lokal-Schmalspurbahn zu stehen, auch wenn manchmal leise Zweifel auftauchen, ob die Schienenweite auch tatsächlich dem Zug und seiner Last entsprechen. Doch ändert dies nichts an der Tatsache, daß unsere

STADT ZÜRICH

Möchten Sie nicht auch bei uns in der Stadt Zürich als Lehrer tätig sein? Sie genießen viele Vorteile. Zahlreiche Nachteile, die eine große Gemeinde für die Organisation der Schule mit sich bringt, konnten wir in den letzten Jahren beseitigen.

- Viele Lehrstellen in neuen oder zeitgemäß erneuerten Schulhäusern
- Ältere Schulhäuser werden intensiv modernisiert
- Moderne techn. Unterrichtshilfen mit fachmännischem Service
- Zeitgemäße Regelung der Schulmaterialabgabe
- Klassenkredite für individuelle Bestellungen und Einkäufe
- Sonderaufgaben als Leiter von Kursen
- Kollegiale und gut organisierte Lehrerschaft
- Gelegenheit für die Mitarbeit in Lehrerorganisationen und Arbeitsgruppen
- Beteiligung an Schulversuchen

Die Arbeit in der Stadt Zürich schließt weitere Vorteile ein:

- Reges kulturelles Leben einer Großstadt
- Aus- und Weiterbildungsstätten
- Kontakt mit einer aufgeschlossenen und großzügig denkenden Bevölkerung

Unsere Schulbehörden freuen sich über die Bewerbung initiativer Lehrerinnen und Lehrer.

Auf Beginn des Schuljahres 1973/74 werden folgende

Lehrstellen

zur definitiven Besetzung ausgeschrieben:

Schulkreis	Stellenzahl
Primarschule	
Uto	30
Letzi	25 davon 1 an Sonderklasse B und D
Limmattal	35
Waidberg	40 davon 3 an Sonderklassen A und B
Zürichberg	24 davon je 1 an Sonderklasse D Mittelstufe und Sonderklasse BO und 2 an Sonderklassen BC
Glattal	25 davon 3 an Sonderklassen B
Schwamendingen	28
Ober- und Realschule	
Uto	2 davon 1 an Oberschule
Letzi	4 davon 1 an Oberschule
Limmattal	11 davon 3 an Oberschule
Waidberg	4
Zürichberg	3
Glattal	12
Schwamendingen	6 davon 2 an Oberschule
Sekundarschule	
	sprachl.-hist. mathemat.-naturwissenschaftl. Richtung
Uto	2 2
Letzi	2 2
Limmattal	2 -
Waidberg	1 3
Zürichberg	3 6
Glattal	4 3
Schwamendingen	- 1
Mädchenhandarbeit	
Uto	5 Zürichberg 5
Letzi	7 Glattal 1
Limmattal	6 Schwamendingen 4
Waidberg	5
Haushaltungsunterricht	
Stadt Zürich	2

Die Besoldungen richten sich nach den Bestimmungen der städtischen Lehrerbesoldungsverordnung und den kantonalen Besoldungsansätzen. Lehrern an Sonderklassen wird die vom Kanton festgesetzte Zulage ausgerichtet.

Die vorgeschlagenen Kandidaten haben sich einer vertrauensärztlichen Untersuchung zu unterziehen.

Für die Anmeldung ist ein besonderes Formular zu verwenden, das beim Schulamt der Stadt Zürich, Amtshaus Parkring 4, 4. Stock, Büro 430, erhältlich ist. Es enthält auch Hinweise über die erforderlichen weiteren Bewerbungsunterlagen.

Bewerbungen für Lehrstellen an der Primarschule, an der Oberstufe und an der Arbeitsschule sind bis 30. November 1972 dem Präsidenten der Kreisschulpflege einzureichen.

Schulkreis:

Uto: Herr Alfred Egli, Ulimbergstraße 1, 8002 Zürich
Letzi: Herr Kurt Nägeli, Segnesstraße 12, 8048 Zürich
Limmattal: Herr Hans Gujer, Badenerstraße 108, 8004 Zürich
Waidberg: Herr Walter Leuthold, Rotbuchstraße 42, 8037 Zürich
Zürichberg: Herr Theodor Walser, Hirschengr. 42, 8001 Zürich
Glattal: Herr Robert Schmid, Gubelstraße 9, 8050 Zürich
Schwamendingen: Herr Dr. Erwin Kunz, Erchenbühlstraße 48, 8046 Zürich

Die Anmeldung darf nur in einem Schulkreis erfolgen.

Bewerbungen für den Haushaltungsunterricht sind bis zum 30. November 1972 an den Schulvorstand der Stadt Zürich, Postfach, 8027 Zürich, zu richten.

Der Schulvorstand

Heilpädagogisches Seminar Zürich

Die Ausbildungen an unserem Seminar dauern zwei Jahre: An die heilpädagogische Grundausbildung schließen sich im zweiten Jahr verschiedene Spezialausbildungen an: für Sonderklassen, für IV-Sonderschulen, für Logopädie, für psychomotorische Therapie.

Wir suchen auf Beginn des Sommersemesters 1973 oder nach Vereinbarung einen weiteren (eine weitere)

Dozenten (Dozentin)

dem (der) auch die Leitung einer unserer Abteilungen übertragen werden kann.

Hauptsächliche Aufgaben: Lehrverpflichtung (Vorlesungen und Uebungen, total 8 bis 10 Wochenstunden; Studienwochen) – Studienberatung – Gestaltung von Ausbildungsprogrammen – Administration im Zusammenhang mit Ausbildungsaufgaben – Leitung einer Spezialausbildung.

Anforderungen: Abgeschlossenes Hochschulstudium pädagogisch-heilpädagogischer und/oder psychologisch-soziologischer Richtung. Berufserfahrung in Schule oder Heim. – Erfahrung in einer höheren Lehrtätigkeit erwünscht. Initiative und Selbständigkeit unerlässlich.

Besoldung: Gemäß Verordnung über die Anstellung und Besoldung der Lehrer der kantonalen Mittelschulen (Kanton Zürich). Zulage für Abteilungsleitung. Fortschrittliche Sozialleistungen.

Für weitere Auskünfte stehen wir gerne zur Verfügung. Anfragen und Anmeldung richten Sie bitte an den Rektor des Heilpädagogischen Seminars Zürich, Dr. F. Schneeberger, Kantonsschulstraße 1, 8001 Zürich, Tel. 01 32 24 70.

- Die Welt erleben
- Menschen kennen
- Sprachen lernen
- Vorurteile abbauen

in einem

AUSTAUSCHJAHR

mit dem

International Christian Youth Exchange (ICYE)

- Wer? Jugendliche von 16 bis 21 Jahren
- Was? Betätigung in Schule, Beruf oder Sozialarbeit. Leben bei einer Familie des Gastlandes.
- Wo? Äthiopien, Belgien, Brasilien, Bolivien, Congo, Costa Rica, Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Haiti, Hongkong, Island, Indonesien, Jamaika, Japan, Korea, Österreich, Mexico, Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Philippinen, Süd-Afrika, Schweden, Schweiz, USA
- Wann? Sommer 1973 – Sommer 1974
Auskünfte und Anmeldungen (bis 30. Nov. 1972) bei:
ICYE – Swiss Committee
Hans-Peter Fricker
Rütistrasse 14
8122 Pfaffhausen bei Zürich

Kaufmännische Berufsschule Weinfelden

Auf Beginn des Schuljahres 1973/74 suchen wir einen hauptamtlichen

Sprachlehrer

(gut ausgewiesenen Gymnasial- oder Sekundarlehrer) für die Fächer Deutsch, Französisch und Englisch, evtl. Italienisch.

In wenigen Jahren wird der thurgauische Berufsschulunterricht in Weinfelden zentralisiert. Es kann dann ein neues, modern eingerichtetes Schulhaus bezogen werden. Deshalb besteht die Möglichkeit, daß der neu gewählte Lehrer bei der Planung des neuen Schulzentrums mitwirken und bei entsprechenden Qualifikationen später eventuell die Leitung der Schule übernehmen kann.

Besoldung wie an den thurgauischen Mittelschulen. Pensionskasse.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis 30. November 1972 an den Präsidenten der Aufsichtskommission, Herrn F. Huwyler, c/o OBTG, Bahnhofstraße 3, 8570 Weinfelden, zu richten (Telefon 072 5 10 12), wo auch weitere Auskünfte erteilt werden können.

Freie Schule Winterthur

Auf Frühjahr 1973 suchen wir für unsere Sekundarabteilung eine/n

Sekundarlehrer/in sprachlich-historischer Richtung

zur Ergänzung unseres Mitarbeiterkreises. Der vollständige Studienabschluß an einer Universität oder gleichwertigem Sekundarlehrerseminar ist Bedingung, dagegen wird eine längere Schulpraxis nicht vorausgesetzt.

Die Lehrkräfte der Freien Schule sind bei der städtischen Pensionskasse Winterthur versichert und kommen damit in den Genuß der Abmachungen hinsichtlich Freizügigkeit, die zwischen den öffentlichen Pensionskassen des Kantons Zürich bestehen. Die Bedingungen entsprechen in allen Teilen denjenigen der öffentlichen Schulen der Stadt Winterthur.

- Wenn Sie sich von einer guten Zusammenarbeit im Kreise von fünf aufgeschlossenen jüngeren Lehrkräften etwas Positives versprechen können;
- wenn Sie Freude haben, mit Ihrer Klasse im Frühsommer 1973 in unser neues Schulhaus, das über moderne Unterrichtshilfsmittel (Sprachlabor usw.) verfügt, einzuziehen;
- wenn Sie an einer selbständigen und aktiven Lehrtätigkeit Interesse haben;

Schulleiter, Herrn Heinrich Fehr, c/o Freie Schule Winterthur sollten Sie sich schriftlich oder mündlich mit unserem Schulleiter, Herrn Heinrich Fehr, c/o Freie Schule Winterthur, Museumstrasse 64, 8400 Winterthur, Telefon 052 22 61 44 (privat 052 29 28 76) in Verbindung setzen.

Schule Kloten

Auf Beginn des Schuljahres 1973/74 sind an unserer Schule einige Lehrstellen zu besetzen:

Primarschule

(Unter- und Mittelstufe, Sonderklasse D)

Oberschule

Realschule

Sekundarschule

(mathematische und sprachliche Richtung)

Nebst neuesten und modernsten Schulanlagen bietet eine aufgeschlossene Schulpflege Gewähr für die Anwendung modernster technischer Hilfsmittel für den Unterricht und ein angenehmes Arbeitsklima.

Selbstverständlich sind wir gerne bereit, Ihnen bei der Wohnungssuche behilflich zu sein.

Die Besoldung erfolgt gemäß Besoldungsverordnung des Kantons Zürich, wobei die freiwillige Gemeindezulage den kantonalen Höchstansätzen entspricht.

Die auswärtigen Dienstjahre werden angerechnet. Anmeldungen sind mit den üblichen Unterlagen zu handen des Schulpräsidenten, Herrn J. Adank, an das Schulsekretariat, 8302 Kloten (Telefon 01 84 13 00) zu richten.

Für Auskünfte steht Ihnen auch der Präsident des Lehrerkonventes, Herr G. Häni (Telefon 01 84 61 50 / Lehrerzimmer PS Nägelimoos oder 052 25 22 14 (privat) zur Verfügung.

Schulpflege Kloten

Entscheidungsmechanismen und unser System der öffentlichen Willensbildung ständig überprüft und fortentwickelt werden müssen. Was den verfassungsmäßigen Unterbau betrifft, so ist die Ueberprüfung schon seit einigen Jahren im Gange. Der Schlußbericht dieser eidgenössischen Bestandesaufnahme unter dem Vorsitz von a. Bundesrat Wahlen steht vor dem Abschluß. Es wird um die hauptsächlichsten Fragen gehen, wie die Macht zwischen Volk, Parlament und Regierung neu aufgeteilt werden soll, wie die politische Führung verbessert werden kann, welche neuen Werkzeuge ein moderner Leistungsstaat zusätzlich nötig hat und wie das Staatsvolk besser für die großen Entscheidungen sensibilisiert und enagagiert werden kann.

VII.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle noch einige Gedanken zur Frage, ob der Föderalismus noch eine Existenzberechtigung besitzt. Ich möchte Ihnen nicht verhehlen, daß mich dieses Problem im Lichte unserer schweizerischen politischen Wirklichkeit mit Sorge erfüllt. Dabei scheint mir, daß wir zwischen der Stellung der Gemeinden und derjenigen der Kantone unterscheiden müssen. Obwohl durch die moderne Entwicklung von Verkehr, Technik und Wirtschaft die räumlichen Grenzen immer mehr übersprungen werden, bleiben den Gemeinden für die Gestaltung des kleinen überblickbaren Raumes auch in der heutigen Zeit noch sehr viel an hoheitlichen und zwischenmenschlichen Aufgaben übrig. Die Kongruenz zwischen dem persönlichen Erlebnisbereich des Bürgers und dem Hoheits- und Verwaltungsbereich seiner Gemeinde ist im großen und ganzen einigermaßen intakt geblieben. Mit andern Worten: Gemeinde und Gemeinschaft haben noch etwas miteinander zu tun.

Nicht gleich optimistisch bin ich im Hinblick auf unsere Kantone. Die politische Entwicklung der letzten Jahre hat mit Bezug auf die Aufgaben der Kantone als Hoheitsträger zu einem wesentlichen Substanzverlust geführt. Durch die neuen Bil-

dungsartikel, die Raumplanungs-Gesetzgebung und durch die Notwendigkeit, den schweizerischen Wirtschaftsraum als Ganzes zu betrachten und ihn besser zu organisieren, wird diese Entwicklung in beschleunigtem Tempo fortgesetzt. Die Lävine von Verwaltungsaufgaben, welche die Kantone stellvertretend für den Bund zu leisten haben, nimmt ständig zu und damit auch die Gefahr, daß man vor lauter Verwalten die Kraft zum Gestalten nicht mehr aufbringt. Die Kantone sind zwar nach wie vor eine sehr nützliche Einrichtung, sind sie aber auch eine *notwendige Einrichtung?* Auch die bisherigen Ergebnisse des sogenannten kooperativen Föderalismus sind nicht so eindrücklich, daß sie meine Zweifel zu verscheuchen vermöchten. Das Verhältnis Bund-Kantone ist zwar recht gut, aber es gleicht doch auf weiten Strecken einer Art Vertragsverhältnis, das nur unter dem Gesichtspunkt rationeller Zweckmäßigkeit und zur Sicherung von Funktionen der täglichen Bedarfsdeckung sinnvoll erscheint.

Das ist deswegen bedenklich, weil der Föderalismus die wohl einzige Ordnungskonzeption darstellt, welche für unser vielgestaltiges Land gangbar ist. Selbst der Historiker Herbert Lüthy, der mit den heutigen Mängeln unseres föderalistischen Systems außerordentlich scharf ins Gericht geht, meint: «Der Föderalismus ist die Staatsform der Zukunft. In der schleichen Zersetzung der klassischen Staatssouveränitäten, die überall im Gange ist, bleibt zwischen tödlicher Balkanisierung und unmöglich Universal-Monarchie nirgends ein anderer Weg als der des Föderalismus, so schwer es auch fällt, ihn zu finden.» Gleichzeitig geißelt er einen Föderalismus des reinen Verwaltens, der Verteilung von Subventionen, des untätigen Treibenlassens, des Neinsagens und des Barrikadenbaues gegen die Zukunft. Ein neuer Geist eidgenössischer Zusammenarbeit sei nötig, der gleichzeitig eine Verwirklichung der Demokratie auf allen Stufen der Gesellschaft mit sich bringe und die eine in Freiheit und Verantwortung

sich entfaltende Personalgemeinschaft darstelle. Damit wird die Herausforderung unserer Demokratie weitgehend auch zu einer Herausforderung des Föderalismus.

VIII.

Gestatten Sie mir abschließend an zwei Beispielen zu zeigen, wie es sich im konkreten Falle mit dieser Herausforderung verhält. Die Diskussion um eine adäquate und zusammenhängende schweizerische Konjunkturpolitik ist in vollem Gange. Es zeigt sich heute schon, daß der von uns vorgeschlagene Konjunkturartikel homerische Diskussionen auslösen wird. Neben der Skepsis und den Befürchtungen, wie sie von wirtschaftlichen Gruppierungen vorgetragen werden, erweist sich der finanz- und steuerpolitische Föderalismus als größtes Hindernis. Die grundsätzliche Notwendigkeit, daß etwas getan werden muß, wird zwar von niemandem bestritten. Tatsächlich steckt hinter der Inflation mehr als nur eine leichte und vorübergehende Verwirrung im Budget der individuellen Haushalte, zumal die Teuerung – wenn man den Auguren glaubt, und man scheint ihnen glauben zu müssen – nicht nur eine temporäre Erscheinung sein wird.

Hinter dieser Teuerung steckt ein gewaltigeres Subversionspotential als hinter manchem emotionalen Aufbegehren gegen unsere Gesellschaft und unseren Staat, bei dem man wenigstens weiß, von wem es kommt und gegen das man Stellung beziehen kann. Gegen die Teuerung ist der Einzelne machtlos. Sie wird ihm nicht nach Verdienst und Versagen zugeteilt, sondern er ist ihr einfach ausgeliefert. Da es Inflationsgewinner und Inflationsopfer gibt (denken wir nur an den Mietzinssektor) vergiftet sie das soziale Klima, verschärft den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf und den branchenmäßigen Konzentrationsprozeß, macht die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen unseres Landes größer und muß schließlich die Glaubwürdigkeit unseres wirtschaftlichen und

sozialen Systems überhaupt in Frage stellen.

Die Ursachen der Teuerung sind komplex, und selbst der von seiner Wissenschaft überzeugteste Theoretiker würde kaum behaupten, das Ei des Kolumbus sei schon gefunden. Trotzdem wird man nicht stets erklären können, die Dinge seien komplex und diese Schwierigkeiten als Alibi für das Nichtstun verwenden können. Man fragt uns heute von allen Seiten mit Recht, ob man denn wirklich nichts unternehmen könne, und wenn wir sagen, was man tun könnte, dann sagt man uns, warum wir es denn nicht täten? Zwar wird der neue Konjunkturartikel, der Ende des Jahres vor das Parlament kommen sollte, kein Allheilmittel sein; aber er bedeutet doch das umfassende Bemühen, endlich zu einer marktgerechten und umfassenden Inflationsbekämpfung zu kommen, die nicht nur punktuell die Symptome, sondern die Ursachen der Teuerung angeht.

Wenn der schweizerische Staat auf diesem Gebiet etwas aktiver wird, dann geschieht dies nicht aus Freude am Dirigismus oder aus andern machthungrigen Absichten. Es geht vielmehr darum, jene Hilfen bereitzustellen, die notwendig sind, wenn die freie Marktwirtschaft, die uns immerhin aus der Armut herausgeführt hat und zu der wir uns nach wie vor bekennen, ihre Funktionsfähigkeit und ihre Glaubwürdigkeit nicht verlieren soll. Konjunkturpolitik bedeutet aber – wenn sie wirksam sein soll – Verzicht auf ein ungehemmtes wirtschaftliches Wachstum und Verzicht auf die weitere Aufblähung individueller Ansprüche. Da das Wort «Verzicht» im schweizerischen Vokabular das ungebrauchlichste und unbeliebteste ist, bedeutet deshalb Konjunkturpolitik eine ungeheure Herausforderung. Sie setzt bei den Verantwortlichen der Wirtschaft und der Kantone, aber auch beim Einzelnen eine Ordnung der Werte voraus, in der neben den rein ökonomischen oder regionalen Gesichtspunkten die ganze Vielfalt menschlicher und gesellschaftlicher Probleme ausgewogen berücksichtigt wird.

IX.

Eine weitere Herausforderung zeigt sich immer deutlicher: ich meine die zunehmende Integration unseres Landes in die Weltpolitik und in die Weltwirtschaft. Ich will damit nicht die grundsätzliche Frage unserer Neutralität aufgreifen, die wir stets als politische und nicht als Gesinnungsneutralität verstanden, worin uns das Ausland häufig mißverstand. Mir geht es vielmehr um den Grad an Autonomie, den wir effektiv haben und um den Glauben, wir seien in fast absolutem Ausmaße autonom. Die Konjunkturschwankungen der letzten 10 Jahre und die Währungsunruhen der jüngsten Zeit scheinen uns unsere internationalen Abhängigkeiten zumindest auf wirtschaftlichem Gebiet etwas bewußter gemacht zu haben, und die Beteiligung an den GATT-Verhandlungen, an der EFTA und die Gespräche mit der EWG haben unsere Aufmerksamkeit etwas mehr nach außerhalb der Grenzen unseres Landes gelenkt.

Trotzdem neigen wir noch immer dazu, unser Land als einen ruhenden Pol im Spannungsfeld der Weltereignisse zu betrachten, das in seiner einzigartigen Isolierung nur interne Probleme kennt. Wir müssen uns aber klar darüber werden, daß auf unserem Kontinent der Spielraum für unsere politischen und wirtschaftlichen Entscheide nicht nur von uns allein bestimmt wird. In vielen Fällen werden unsere Entscheidungen von globalen oder kontinentalen Entwicklungen vorausbestimmt, und wir haben nicht einmal mehr die Wahl, uns gegen eine Entwicklung zu stellen und die entsprechenden Konsequenzen zu tragen, weil ein Nein zu den nahezu gleichen Folgen führt wie ein Ja. Ich denke dabei nicht nur an die grenzenüberschreitende Umweltverschmutzung oder an Lärmimmisionen durch einen transkontinentalen Ueberschallflugverkehr, sondern auch an präjudizierende Entscheide im internationalen Konzert, die indirekt dafür sorgen, daß sich die Meinungsbildungs- und Entscheidungsstrukturen in unserem Lande ändern. Hiezu gesellt sich die Internationalisierung der unternehmeri-

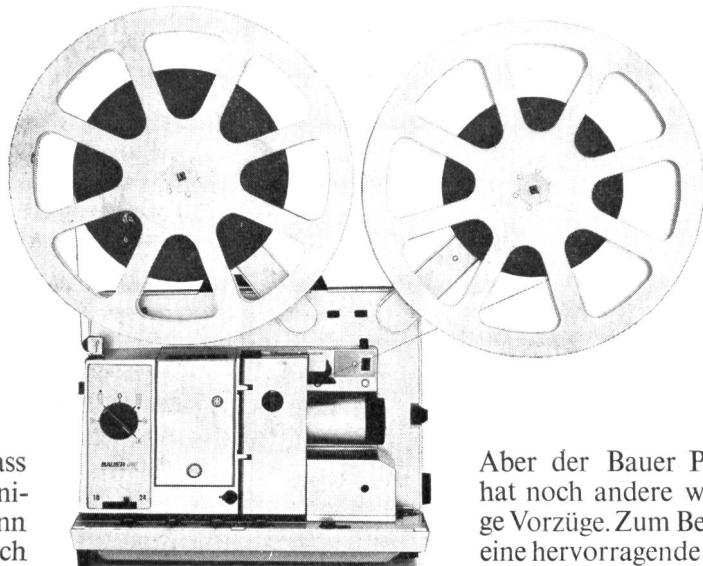
schnen Tätigkeiten, deren Ziel es ist, die Entfaltungsräume der gesamten Wirtschaft einerseits zu erweitern und gleichzeitig die wirtschaftliche Macht von Unternehmen, die zwischen den diversierenden Politiken einzelner Länder lavieren könnten, zu begrenzen. Hinzu kommen erhöhte Anforderungen im Rahmen eines sich entwickelnden internationalen Solidaritätsgefühls und der Hilfe an die Dritte Welt.

Inwieweit unsere Auffassung vom Sonderfall Schweiz solchen Anforderungen der Zukunft standzuhalten vermag, sollten wir nicht einfach der Zukunft überlassen, weil uns dann wahrscheinlich nicht mehr all die Bereiche offen stehen, in denen wir einen Sonderfall Schweiz im positiven und vorbildlichen Sinne schaffen können. Das hieße aber, daß wir uns neuen Denktheorien und neuen Dimensionen des internationalen menschlichen Zusammenlebens zuwenden müssen, indem wir unsere Rolle in der Welt neu definieren.

In diesem Zusammenhang bedeutet unser Verhältnis zu den Europäischen Gemeinschaften eine echte Herausforderung. Man kann ja nicht mitten in einem geschlossenen Markt von gegen 300 Mio Menschen leben und gleichzeitig annehmen, es passiere überhaupt nichts. Wir werden uns daran gewöhnen müssen, gewissermaßen in einem magnetischen Kraftfeld zu leben, das uns beeinflussen wird, ob das uns paßt oder nicht. Neben der bereits bestehenden faktischen wirtschaftlichen Integration, haben wir von der Tatsache auszugehen, daß unser Land im Zentrum des Alten Kontinentes liegt, ein typischer Ausdruck seiner wechselvollen Geschichte ist und deshalb in höchstem Maße daran interessiert sein muß, wie die Zukunft Europas sich gestalten wird. Es ist daher undenkbar, daß wir uns von den Ereignissen in unserer europäischen Welt isolieren können. Das Schicksal Europas ist weitgehend auch unser Schicksal.

Das ist der verpflichtende Grund, weshalb der Bundesrat die Verhandlungen mit der EWG aufgenommen hat. Ihr bisheriger Verlauf zeigt, daß

Beim Bauer P6 TS Schulprojektor kann es jetzt vorkommen, dass er mitten im Film stehenbleibt. Und das so oft und so lange Sie wollen.



Wir meinen, dass mancher Lehrfilm weniger Leerfilm wäre, wenn er zwischendurch auch einmal stillstünde. Damit Sie zu einem bestimmten Bildablauf oder zu einer grafischen Darstellung auch etwas sagen könnten.

Aber leider haben die Bilder nicht nur laufen, sondern auch fortlaufen gelernt. Darum haben Sie bisher vielleicht schweigen müssen, wo reden Gold gewesen wäre.



Das ist der Grund, warum der 16-mm-Filmprojektor Bauer P6 TS jetzt eine Stoppeinrichtung für Bildanalysen hat.

Die geht so: Sie bedienen während der Vorführung einen Schalter – und schon wird aus einer bewegten Szene ein anschauliches Dia. Zu dem Sie sagen können, was Sie wollen, und das so lange, wie Sie wollen. Wenn alle alles mitbekommen haben, lassen Sie das Dia sich einfach weiterbewegen. So praktisch ist das.

Aber der Bauer P6 TS hat noch andere wichtige Vorzüge. Zum Beispiel eine hervorragende Lichtleistung und Tonqualität

auch in grossen Räumen. Einen Lampen-Schnellwechsel und einen filmschonenden 3-Zahn-Greifer, der Perforationsschäden einfach übergeht. Eine kinderleichte Bedienung und natürlich eine Einfädelautomatik.

Sie sehen: Der Bauer P6 TS hat alles, was man von einem guten Gerät erwarten soll, das jetzt auch noch Diaprojektor ist. Oder das zumindest so tut.

Bauer P6 16 mm-Filmprojektoren.

9 Ausführungen. Stumm- oder Tonfilm. Eingebauter Verstärker mit 20 Watt Ausgangsleistung. Silizium-Transistoren. Klirrfaktor höchstens 1 %. Lichtton- oder Magnettonwiedergabe. Mit Magnetton-Aufnahmestufe und Trickblende erhältlich. 2 Ganggeschwindigkeiten. Reiche Auswahl an Objektiven. Anschluss für Bildzähler. Koppelung mit Zweitprojektor möglich. Eingebauter Kontrolllautsprecher. Externer 35-Watt-Lautsprecher in Koffer mit Kabelrolle.

Coupon: An Robert Bosch AG, Abt. Foto-Kino, 8021 Zürich.

Wir möchten den Bauer P6 TS mit Bildstopp-Einrichtung kennenlernen.

Bitte führen Sie ihn uns vor.

Bitte schicken Sie uns Ihre Dokumentation.

Name _____

Schule/Firma _____

Adresse _____

BAUER

BOSCH Gruppe

Kantonsschule Zürich

Literargymnasium Zürichberg-Rämibühl

Auf den 16. April 1973 sind am Literargymnasium Zürichberg (Rämibühl) folgende Lehrstellen zu besetzen:

2 Lehrstellen für alte Sprachen

(Latein und Griechisch)

1 Lehrstelle für Deutsch

1 Lehrstelle für Mathematik

1 Lehrstelle für Turnen

Die Lehrstelle für Deutsch kann je mit einem andern Fach kombiniert werden.

Wahlvoraussetzung ist ein akademischer Studienabschluß und der Erwerb des zürcherischen Diploms für das höhere Lehramt, eines gleichwertigen Ausweises oder längere Lehrerfahrung als festangestellter Lehrer einer staatlichen Mittelschule des In- oder Auslands.

Anmeldungen sind bis Samstag, 30. Dezember 1972 dem Rektorat des Literargymnasiums Zürichberg einzureichen (Schulanlage Rämibühl, Rämistraße 56, 8001 Zürich), das auch Auskunft über die beizulegenden Ausweise und über die Anstellungsbedingungen erteilt (Tel. 01 32 36 58).

Evangelisches Seminar Muristalden Bern

Vielseitig interessiertes Ehepaar

mit Sinn für die heutige Jugend, mit Kenntnis ihrer Anliegen und Probleme findet bei uns eine erfüllende Aufgabe.

Für den Mann: Die Leitung eines Internats von 60 bis 80 Seminaristen, die Gestaltung einer Wohngemeinschaft heutiger Jugendlicher, und ein Lehrauftrag an unserem Seminar.

Unsere Erwartung: womöglich Ausbildungsniveau eines Gymnasiallehrers und gruppendifamische Kenntnisse.

Für die Frau: Die Leitung der Oekonomie, die Verpflegung und Mitbetreuung der Schülerschaft als Hausmutter. Wichtiger als die Vorkenntnisse ist uns die Bereitschaft, sich in diese schöne Aufgabe einzuarbeiten.

Im Vordergrund steht für uns die Anstellung eines qualifizierten Internatsleiters. Deshalb ist es nicht Bedingung, daß die Ehefrau zu der umschriebenen Aufgabe bereit ist. Gegebenenfalls würden wir für die hauswirtschaftliche Leitung eine andere Lösung suchen.

Amtsantritt: 1. April 1973.

Wir erwarten Ihre schriftliche Anmeldung bis **15. November 1972** an Pfarrer Th. Brüggemann, Seminardirektor, Muristraße 8a, 3006 Bern.

Primarschule Lumbrein GR

Wir suchen für die Zeit vom 4. November 1972 bis Ende Mai 1973

1 Lehrkraft (Muttersprache romanisch)

für die 4. und 5. Klasse.

Bewerber werden freundlich eingeladen, ihre Anmeldung umgehend dem Präsidenten des Schulrates, Herrn Jakob Capeder, 7131 Lumbrein GR, Telefon 086 6 12 12, einzureichen.

Der Schulrat

Primarschule Uttwil am Bodensee

Unsere Lehrerin an der Unterstufe tritt im Frühjahr 1973 in den Ruhestand. Wir suchen eine

tüchtige Lehrkraft

die etwa 30 Erst- und Zweitklässler mit Freude unterrichten möchte.

Interessenten erhalten Auskunft beim Schulpresidenten, Telefon 071 63 41 43.

Anmeldungen mit den üblichen Unterlagen sind erwünscht an den Präsidenten der Schulvorsteherchaft: J. Rüthemann, Hauptstraße, **8592 Uttwil**.

auch ein kleines Land im internationalen Konzert nicht einfach eine quantité négligeable sein muß. Der nun ausgehandelte Freihandelsvertrag trägt tatsächlich dem Sonderfall Schweiz Rechnung und entspricht im vollen Umfange den Zielsetzungen unserer Wirtschaftspolitik, wie sie schon vor 15 Jahren definiert worden sind. Was wir initiativ und folgerichtig in der kleinen EFTA ausprobiert haben, erhält nun die auf die Dauer notwendige europäische Dimension. Wir konnten dieses Ziel erreichen, ohne irgendwie unseren Neutralitätsanspruch, unsere wirtschaftliche Autonomie gegenüber der übrigen Welt, den Souveränitätsanspruch unseres Volkes und den Gehalt unserer Staatsidee auch nur um ein Jota in Frage zu stellen. Haben wir nicht gerade hier ein Beispiel dafür, daß Herausforderungen nicht zwangsläufig zu einem permanenten Alpträum werden müssen, unter der Voraussetzung allerdings, daß man die Konfrontation nicht scheut und offenen Geistes nach Lösungen sucht?

X.

Wenn wir unsere Demokratie, die sich bei der Bewältigung sehr vieler Probleme bewährt hat, unseren Kindern als eine die Freiheit und Gleichheit bewahrende Institution vermitteln und vererben wollen, dann müssen wir ihnen zeigen, zu welchen Leistungen unsere Entscheidungs- und Gesellschaftsstruktur in allen Belangen des menschlichen Lebens

fähig ist. Dabei wird von unserer Generation – davon bin ich überzeugt – kein Perfektionismus in den Lösungen verlangt, aber vorbehaltloses Engagement und der Mut, die eigene Bequemlichkeit gegen einige Striemen und Schrammen einzutauschen, die wir uns auf dem dornigen und steilen Weg aus der Talsohle sozialer Spannungen, wirtschaftlicher Ungleichgewichte und weltweiter Aggression mit Sicherheit holen werden. Wenn wir das nicht tun, müssen wir uns nicht wundern, wenn die nächste Generation Ideologien anheimfällt, von denen sie sich eine Lösung ihrer Probleme auch auf Kosten ihrer individuellen Rechte verspricht, und dies deswegen, weil sie deren Wert und Nutzen in der Bewährung nicht kennt.

Der Schweizerischen Staatsbürgerlichen Gesellschaft, die sich immer wieder bemüht, Wesentliches zum dringend notwendigen Dialog beizutragen und hiezu auch die sachlichen und ideellen Grundlagen zu schaffen, gebührt unser Dank. Dem schweizerischen Staat ist aus den ungezählten Quellen staatsbürgerlichen Wirkens immer wieder neue Lebenskraft zugeströmt. Möge es uns weiterhin vergönnt sein, immer wieder Männer und Frauen zu finden, die sich der Mühe unterziehen, dieses politische Erdreich vorzubereiten und zu pflegen, damit uns Kraft und Eigenart angesichts der vielfältigen Herausforderungen der Zeit erhalten bleiben.

Haltung darin zu erläutern: «die Sprache» und «Sprüche und Widersprüche».

«Am unverständlichsten reden die Leute daher, denen die Sprache zu nichts anderm dient, als sich verständlich zu machen». Spüren und genießen sie sogleich das Angriffige an Karl Kraus und an diesem Satz, denn so ist die Tonart des Kritikers, und wer sich daran stößt, wird keine Freude und kein Verständnis für ihn haben. Was ist gemeint, daß die Leute gerade unverständlich reden sollen, welche versuchen sich verständlich zu machen. Normalerweise stimmt das doch nicht. Worin liegt das Salz des Widerspruchs? Unverständlich wird derjenige, bei dem man Absicht und Willen bemerkt, daß er sich verständlich machen will. Man merkt die Absicht...

P. 63: «Nicht auf alle Grüße muß man antworten. Vor allem nicht auf solche, die bloß eine Bitte um Gunst ausdrücken. Der Gruß an einen Kritiker ist der Gruß der Furcht, er ist nicht höher zu werten als der Fiakergruß, der ein Gruß der Hoffnung ist: die Grüßenden wünschen sich selbst einen guten Tag.»

Ist Kraus wohl der Meinung, das Grüßen werde am besten überhaupt abgeschafft? Ist Kraus der Auffassung Höflichkeit sei Falschheit? Ich glaube nicht, daß Kraus den Wert des Höflichen und Freundlichen anstasten will, er möchte uns nur einschärfen, daß man seine eigene Gesinnung und die des andern beim Grüßen ermitte und sich das «warum man Grüße schickt» ehrlich einsteht.

Wenn ich meinem Kritiker freundlich begegne, mag ich nicht frei davon sein, auch mein Gelingen in irgendeiner Sache zu bedenken. Ob man das gerade Furcht nennen soll? Das hängt von der Zivilcourage und dem Selbstvertrauen – einer andern Größe – des zu Kritisierenden ab.

Grüße aus Furcht und Ehrfurcht gibt es aber für jeden Menschen in der Religion, und hier ist der Bereich, wo das Grüßen dann in echter Gesinnung seine mögliche Wertigkeit, sein Wertsein – seine Würde aufweist.

Das wahre Wort – das täuschende Wort

4. Vorlesung

Dr. Ruth Gilg-Ludwig

Amüsanter, wenn auch nicht weniger hintergründig, jedoch mehr skeptisch als pessimistisch wird die Sprache von Karl Kraus kritisiert, dem Künstler und Gelehrten der Wiener Naturalistengeneration, dem Freund und Fürsprech Frank Wedekinds, diesem Mann, der, wie mir scheint, neben Lichtenberg im 18. Jahrhundert in aphoristischer Form auf deutsch die aufregendsten Aussagen über das Wesen der Sprache und über die Sprache seiner eigenen

Zeit gemacht hat. Riesig war das Bemühen des Dichters Karl Kraus, diesen ganzen Sprachskeptizismus auch in ein Kunstwerk einzufangen, ihn darin zu offenbaren, in seinen «letzten Tagen der Menschheit», einem gigantischen Monsterdrama, das leider mächtiger, umfänglicher und anspruchsvoller bleibt, als uns Theaterbesuchern normalerweise zuträglich ist.

Wir ziehen hier zwei Werke von Karl Kraus zu, um seine bestimmte